

DRINGLICHKEITSANTRAG

der NÖAAB-FCG – AK Fraktion
an die 131. AK-NÖ Vollversammlung am 13. November 2008

Sicherung von Postdienstleistungen und Verhinderung von Postamtschließungen

Das Management der Post AG will einen Kahlschlag der Post!

Jahrzehntelang gewachsene Infrastruktur und die Arbeitsplätze bei der Österreichischen Post AG sollen vernichtet werden.

Im Frühsommer dieses Jahres wurde seitens der Unternehmenszentrale der Österreichischen Post AG ein Strategiepapier nach dem „Deutsch-Schwedischen-Modell“ präsentiert, wonach bis zum Jahr 2014 rund 1.000 Postfilialen von der Schließung bzw. Zusammenlegung bedroht sind. Alleine in Niederösterreich sind ca. 200 Postämter gefährdet.

Diese Pläne der Post AG führen nicht nur zur Verunsicherung bei betroffenen Mitarbeitern, für die die Schließung bzw. Zusammenlegung der Postfilialen den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeuten würde, sondern vor allem auch bei den zahlreichen Kunden der Post, für die das Postamt ein wesentlicher Teil der bestehenden Infrastruktur ist. Postämter würde es dann nur mehr in den Bezirksstätten geben. Insbesondere ältere Menschen sind derartigen Rationalisierungsbestrebungen hilflos ausgesetzt. In den ländlichen Regionen hätten die Bürgerinnen und Bürger bis zu 20 km bis zum nächsten Postamt zurückzulegen; die Gefahr der Ausdünnung des ländlichen Raumes wäre gegeben. Der für die Universaldienstverordnung, in der alle Postdienstleistungen geregelt sind, zuständige Minister ist nun gefordert, sich für den Erhalt der Postämter einzusetzen und Schließungen zu verhindern.

Wir fordern deshalb die:

- Aufrechterhaltung der Infrastruktur und dadurch Sicherung von Postdienstleistungen zu gleichen Bedingungen für die gesamte Bevölkerung.
- Novellierung des Postgesetzes und Erhebung in den Verfassungsrang.
- Fixierung von mindestens 1300 Postfilialen im Postgesetz, welche durch die Post AG zu führen sind.
- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die auch nach der Liberalisierung Brief einen fairen Wettbewerb sicher stellen.

Die 131. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich umgehend dafür einzusetzen, dass in NÖ keine weiteren Postämter mehr geschlossen bzw. zusammengelegt werden, sowie die Sicherung der Postdienstleistungen zu gleichen Bedingungen für ganz Niederösterreich zu gewährleisten.

NÖAAB-FCG - AK Fraktion

Windmühlgasse 28, 1060 Wien

Telefon: 01/58883-1290, Fax: 01/58883-1299, Email: franz.hemm@aknoe.at